

Sie sich ehrlich wieder in jene Zeit zurück und bekennen Sie selbst: was hätte damals der Parteivorstand tun können, um diesen Weltkrieg zu verhindern? Wir haben niemanden darüber im unklaren gelassen, wie wir über dieses Ultimatum denken, daß wir dagegen sind, daß irgend ein Konflikt in irgend einem Nachbarland ausbreche. Mehr konnten wir in der damaligen Zeit nicht gut tun. Wir haben den Krieg, wir haben die Verantwortung für den Krieg abgelehnt, aber es wäre falsch gewesen, es wäre eine falsche Taktik des Parteivorstandes gewesen, wenn wir, nachdem der Krieg einmal da war, nicht alles getan hätten, um die Not, das Elend der Proletarier im Hinterland zu mildern. Eine unserer vornehmsten Aufgaben war es damals — und ich kann sagen, daß die Partei und die Parteipresse sie wohl erfüllt hat —, das Proletariat davor zu bewahren, daß es in denselben Kriegsausbruch verfallen, in den das gesamte Völkertum und zum Großteil auch das nichtorganisierte Proletariat verfallen war. Wohl wurde gesagt, die Partei hätte den Krieg negieren, sie hätte ihn als nicht-existent betrachten, sie hätte sich mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln gegen den Krieg und gegen die, die den Krieg unterstützen, wenden sollen. Was hätte es uns genützt, wenn wir immer wieder wie Papageien das eingewerkelte Wort: „Wir negieren den Krieg, wir negieren die Vaterlandsverteidigung“, wie dies in der letzten Zeit ein einstudiertes Schlagwort geworden ist, vorgebracht hätten? Hätten wir dadurch die Wirkungen des Krieges zu verhindern vermocht? Es mußte darum unsere Aufgabe sein, weniger solche vorgefertigte Schlagwörter in die Reihen der Arbeiter zu werfen, als dafür zu sorgen, daß das Proletariat, die Familien der Eingekerkerten im Hinterland, die Arbeiter insgesamt vor der bittersten Not geschützt werden.

Unsere Durchhaltungspolitik war vom Anfang des Krieges nur darauf gerichtet, Zustände zu schaffen, die es uns ermöglichen, mit unserer Organisation über den Krieg durchzuhalten. Dabei hatten wir allerdings große Schwierigkeiten, ich erinnere nur an unsere unausgesetzten Kämpfe gegen das Regime Stürgkh, die Jhnen freilich nicht zum Bewußtsein gekommen sind und nicht zum Bewußtsein kommen konnten, weil sie ja immer nur in weichen Flecken der Öffentlichkeit gegenüber erschienen sind. Wir konnten immer nur als deutsche Sozialdemokraten auf den Plan treten, aber niemals als die Gesamtheit der sozialdemokratischen Arbeiter Oesterreichs. Wir haben im Laufe des Krieges ein engeres Zusammenarbeiten mit den Sozialdemokraten der anderen Nationen als notwendig erachtet, so daß wir in bestimmten Fällen als gesamtsozialdemokratische Partei hätten auftreten können. Es war nicht möglich, besonders schmerzhaft vermischen wir die polnischen Sozialdemokraten im Lager der klassenbewußten österreichischen sozialdemokratischen Gesamtpartei. Seit der letzten Maibewegung haben wir in der Organisation und in der Presse einen ziemlich Aufschwung zu verzeichnen, leider aber nicht in allen Kronländern. Mitte 1914 hatten wir 99.542 männliche Mitglieder in unserer politischen Parteio rganisation, Mitte 1917 26.701. Wir haben also drei Viertel unseres männlichen Mitgliederstandes verloren. Der Stand der weiblichen Mitglieder war 1914 19.916 und 1917 13.866. Die Frauen haben also nicht einmal ganz ein Drittel verloren. Insgesamt hatten wir 1914 119.458, 1917 40.567 Mitglieder. Nun will ich ruhig zugeben, daß von den drei Vierteln verlorenen männlichen Mitgliedern ein außerordentlich großer Teil auf die Einrückungen entfällt. Aber sicherlich hätte sich mit Rücksicht auf den außerordentlich großen Aufschwung, den die Kriegseinsatzbetriebe genommen haben, organisatorisch mehr machen lassen. Das Werben nicht nutzlos ist, beweisen zwei Beispiele: Steiermark hat im Juni mit einer solchen Verbesserung eingeseht und das Ergebnis dieser Arbeit in dreizehn Bezirksorganisationen waren 3010 neue Mitglieder und zugleich ein ganz bedeutender Aufschwung der Parteipresse. Die Genossen in Oberösterreich wieder haben durch eine Versammlungskaktion eine Steigerung bei ihrem Parteiblatt um mehr als tausend neue Abnehmer und eine ziemlich Stärkung ihrer Organisation erzielt. Besser als die Organisation hat sich im Krieg unsere Parteipresse erhalten, aber auch verschieden in verschiedenen Ländern. Wo gearbeitet wurde, haben wir entweder nur kleine oder gar keine Verluste, wo man die Dinge gehen läßt, hat sie Verluste.

Der Redner bespricht nun einen Antrag der Bezirksorganisation Landstraße, der sich auf Friedrich Adler bezieht, und empfiehlt ihn als Begrüßung an Friedrich Adler in den Kerkern zur Annahme. Zum Antrag der steirischen Landesparteivertretung auf Erhöhung des Parteibeitrages beantragt er, so sehr er für den Antrag ist, eine Kommission einzusetzen, in der jeder Verband durch ein Mitglied vertreten ist. Gegenüber dem Antrag Freibau auf Klassenweise Einrichtung des Parteibeitrages hält er die gleiche Beitragsleistung für entsprechender als jene, die nur zu Unzufriedenheit und Verstimmlungen Anlaß gäbe und die er praktisch für undurchführbar hält. Man möge aber auch diesen Antrag der Kommission zuweisen.

Die Kommission.

Die Kommission für die Beitragserhöhung wird beschloffen und in sie entsendet: Hummel und Gerdinitz (Niederösterreich), Kollinger und Singinger (Oberösterreich), Binder und Höhringer (Steiermark), Gröger (Kärnten), Beck und Bitternigg (Salzburg), Rapoldi und Scheibler (Tirol), Leibfried (Vorarlberg), Germal und Dr. Witte (Böhmen), Gadenberg und Rasch (Mähren), Joll und Jozn (Schlesien).

Den Klassenbericht erstattet

Dr. Ellenbogen:

Die Zahl der vom Parteisekretariat unterstützten Provinzsekretariate ist gegenwärtig größer als am Anfang des Krieges. Es werden 19 Sekretariate von der Partei subventioniert, 8 in Böhmen, 2 in Mähren, 3 in Schlesien, 2 in Tirol, je eines in Vorarlberg, Salzburg und Niederösterreich. Eine Reihe von Sekretariaten war gezwungen, ihre Tätigkeit einzustellen. Einige davon haben ihre Tätigkeit wieder aufgenommen, weil der Sekretär zurückgekehrt ist oder weil für diese Stelle ein anderer gefunden wurde. Für eine Reihe von Sekretariaten mußten die Unterstützungsummen erhöht werden. So haben wir den Beitrag an die Jugendorganisation um das Dreifache erhöht und auch andere Sekretariate haben erhöhte Unterstützungsbeträge erhalten. Damit war aber die finanzielle Tätigkeit des Parteivorstandes in Bezug auf Erhaltung der Arbeit in der Provinz nicht erschöpft. Eine ganze Reihe von mitunter sehr beträchtlichen Beträgen ist teils in der Form von Darlehen, teils als direkte Unterstützungen an verschiedene Parteiu nternehmungen und Sekretariate gegangen. Erfreulich ist die ganz neue Tatsache, daß die Zahl derjenigen, die die Partei mit Schenkungen bedenken, immer größer wird. Es sind im Laufe der letzten drei Jahre vier Personen gestorben, von denen drei ihre Erbschaft der Partei hinterlassen haben, während ein vierter Erblasser sein Vermögen zur Gänze dem Schmeiersfonds überantwortet hat. Die Genossen aus Amerika haben zu Beginn des Krieges mehrmals größere Summen zum Zwecke der Unterstützung von Witwen nach im Krieges gefallenen Parteigenossen an die Parteivertretung geschickt. Wir bitten, daß die einzusetzende Kommission dem Parteitag einen wirklich durchführbaren Vorschlag mache.

Ueber die Druckerei und Presse referiert Emmerling, für die Volksbehandlung referiert Dr. Danne

berg (wir werden auf die Berichte noch zurückkommen), für die Kontrolle Dr. Czsch, der das Absolutorium für den Vorstand beantragt.

Eine Erklärung der Linken.

Gabriele Probst

verliest im Namen einer Anzahl von Delegierten die nachfolgende Erklärung:

Die Erfahrungen des Krieges haben die Arbeiterparteien aller Länder in verschiedene, einander bekämpfende Richtungen geschieden. Die großen Fragen, die die Arbeiterparteien aller Länder bewegen, mußten und müssen auch im Schoße der Deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich aufgeworfen werden. Im Streite der Meinungen vertritt die Linke der Deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich dieselben Grundsätze, die im Deutschen Reich durch die Unabhängige Sozialdemokratie, in Rußland durch die internationalistischen Fraktionen der Sozialdemokratie, in Italien durch die überwiegende Mehrheit der sozialistischen Partei, in England durch die Unabhängige Arbeiterpartei und durch die Britische Sozialistische Partei, in Frankreich durch die Minderheit der Vereinigten sozialistischen Partei vertreten werden. Die österreichische Linke betrachtet sich daher als einen Zweig einer großen internationalen Bewegung, die innerhalb der gesamten sozialistischen Internationalen um Geltung ringt, jener internationalen Bewegung, die in den Zimmerwalder Konferenzen ihren organisatorischen Ausdruck gefunden hat.

Der erste, der in Oesterreich den Kampf für die Grundsätze aufgenommen hat, die wir hier heute vertreten, war unser Freund und Genosse Friedrich Adler. Wir sind grundsätzliche Gegner des individuellen Terrors; aber wir wissen, daß Frih Adler zu seinem Attentat durch nichts anderes bewogen wurde als durch seine heiße Liebe zu der großen Sache der durch den Absolutismus geknechteten Arbeiterklasse und durch seine bittere Verzweiflung an einer Arbeiterbewegung, die sich von den alten Grundsätzen des sozialistischen Massenkampfes immer weiter entfernt hat. Wir halten fest an der alten Ueberzeugung, daß die Arbeiterklasse ihre Befreiung nicht durch individuelle Heldentaten erringen kann, sondern durch den organisierten Kampf der Massen selbst; aber wir bekennen uns zu jenen Grundsätzen dieses Massenkampfes, die Friedrich Adler in seinen Abhandlungen im „Kampf“ und in seiner Verteidigungsrede vor Gericht ausgesprochen hat.

Wir streben nicht die Spaltung der Partei an. Wir wollen innerhalb der Partei, innerhalb ihrer Organisationen unsere Ansichten verbreiten, ihnen die Mehrheit der Parteimitglieder gewinnen und auf diese Weise die Haltung der Partei verändern.

Als das wichtigste Mittel zu diesem Zwecke betrachten wir die öffentliche Erörterung aller inneren Parteifragen in der Parteipresse und in den Parteio rganisationen. Die Vertrauensmänner unserer Partei sahen in solchen Erörterungen bisher mit Unrecht eine Gefährdung unserer Organisation. Diskussionen gefährden nicht, sondern beleben die Organisation und stärken dadurch ihre Anziehungskraft. Das Vertrauen der Arbeitermassen zur Partei wird gekräftigt werden, wenn die Arbeiter erkennen werden, daß die Haltung der Partei nicht mehr durch einige Führer bestimmt, sondern durch den Gesamtwillen der ganzen Parteimitgliedschaft gestaltet wird.

Die Parteipresse soll über alle Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Partei offen berichten. So oft Streitfragen auftauchen, sollen sie in den Parteio rganisationen diskutiert werden und die Parteipresse soll über diese Diskussionen Bericht erstatten. Die Parteitagreferate sollen vor dem Parteitag veröffentlicht werden; hat der Parteitag über Streitfragen zu entscheiden, so sollen neben den Referenten, die die Ansicht des Parteivorstandes vertreten, Korreferenten als Vertreter der Parteio pposition bestellt werden. Referate und Korreferate, vor dem Parteitag veröffentlicht, sollen von der Parteipresse diskutiert werden, wobei Vertreter aller Richtungen innerhalb der Partei zu Worte kommen sollen. Auf diese Weise vorbereitet, sollen die Versammlungen der Parteimitglieder die Beratungsgegenstände des Parteitages diskutieren und erst auf Grund der Ergebnisse ihrer Diskussionen die Delegierten zum Parteitag wählen. Nach dem Parteitag sollen die Delegierten in Mitgliederversammlungen berichten; es soll über ihren Bericht die Debatte eröffnet und über diese Debatten in der Parteipresse berichtet werden. So wird es in den sozialistischen Parteien des Auslandes geübt. Auch unsere Partei muß sich endlich demokratisieren. Nur auf diese Weise können wir das Monopol einiger Führer auf das politische Denken brechen, die Masse selbst zu politischem Denken erziehen, ihren blinden Autoritätsglauben, der mit dem Wesen einer demokratischen Partei unvereinbar ist, überwinden.

In diesen Diskussionen werden wir die folgenden Grundsätze vertreten:

1. Die deutschösterreichische Sozialdemokratie steht in engster Geistesgemeinschaft mit der deutschen Sozialdemokratie im Reich. Es gibt in unserer Partei Genossen, die die Ansichten der Mehrheit der deutschen Sozialdemokratie, aber auch Genossen, die die Ansichten der unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands teilen. Stellt sich die österreichische Partei einseitig an die Spitze der Mehrheit oder der Minderheit der reichsdeutschen Partei, so stößt sie einen Teil ihrer eigenen Parteimitgliedschaft ab und ruft dadurch auch in Oesterreich die Gefahr einer Spaltung hervor. Wir fordern daher, daß der Parteivorstand beide sozialdemokratischen Parteien im Reich als vollkommen gleichberechtigte Bruderparteien betrachte und mit beiden gleich enge Beziehungen unterhalte, daß er, so oft Verhandlungen mit der deutschen Sozialdemokratie notwendig sind, mit beiden sozialdemokratischen Parteien Deutschlands verhandle.

2. Die internationalen Kongresse von Stuttgart und Kopenhagen haben erklärt, im Kriegsfall sei es die Pflicht der Sozialdemokratie, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur politischen Aufrüstung der Volksmassen und zur Beschleunigung des Sturzes der kapitalistischen Klassenherrschaft auszunützen. Dieser Pflicht hat die Politik des Parteivorstandes während des Krieges nicht entsprochen. Er hat jede „Aufrüstung der Volksmassen“ vermieden, weil sie dem Landesfeind nützen könne. Er hat ganz im Gegenteil die Arbeitermassen zu dem Glauben errogen, daß der Krieg als ein Verteidigungskrieg der deutschen Nation auch im Interesse der deutschen Arbeiter, als ein Krieg gegen den Pazismus im Interesse der Demokratie, als ein Krieg für die Erhaltung des Wirtschaftsgebietes im Interesse des Proletariats geführt werde. Nicht zum Kampfe gegen die Klassenherrschaft, sondern zum Kampfe gegen den Landesfeind wurden die Arbeiter aufgerüttelt.

Die Kongresse von Stuttgart und Kopenhagen haben den sozialdemokratischen Parteien weiter die Pflicht auferlegt, im Kriegsfall für die rasche Beendigung des Krieges einzutreten. Wird heute mit Recht darüber gesagt, daß die Mehrheit der französischen Sozialisten und der englischen Arbeiterpartei diese Pflicht verlegt, so darf doch nicht übersehen werden, daß auch die Mehrheit der österreichischen Partei ihr keineswegs immer, keineswegs vollständig entsprochen hat. Als Friedrich Adler als erster einen Frieden ohne Eroberungen und ohne Kriegsschädigungen forderte, hat die Mehrheit der Partei diese Forderung auf der zweiten Reichskonferenz im März 1916 abgelehnt: Sie

Der Parteitag.

Der sozialdemokratische Parteitag hat heute seine sachlichen Arbeiten aufgenommen. Der Parteitag ist sehr stark besucht; unter den Delegierten sind auch viele Frauen. Die Verhandlungen begannen mit der Erstattung der Berichte: den des Parteivorstandes, also über die innere Tätigkeit der Partei, erstattete Skaret; den Klassenbericht Ellenbogen; für die Kontrolle berichtete ihr Obmann Dr. Czsch. Die Berichte zeigen anschaulich die Schwierigkeiten, in die der Krieg die Partei versetzt hat; sie beschönigen den Rückgang nicht, aber alle konnten wieder sagen, daß die schlechtesten Zeiten bereits überwunden sind und überall, in der Organisation und in der Verbreitung der Presse, eine Besserung anhebt. Insbesondere: die Abnehmerzahl unserer Zeitungen ist überall im Steigen; nachdem die Konjunktur der Sensationsmache des Krieges überwunden ist, steigert sich die Anziehungskraft der Zeitungen, die den Krieg bekämpfen und für den Frieden wirken. Mit Recht konnte Skaret aber darauf hinweisen, daß auch, wenn richtig zugegriffen würde, die Organisationen ganz wesentlich gestärkt werden könnten. Der Eindruck ist nicht abzumeisen, daß, nachdem die Regelmäßigkeit der Werbearbeit durch den Krieg einmal unterbrochen wurde, die Formen der Werbearbeit während des Krieges — und auch diese ist wohl möglich — noch nicht gefunden wurden. Zur Vorberatung der Anträge, die sich auf die Erhöhung der Mitgliedsbeiträge beziehen, wurde vom Parteitag eine Kommission eingesetzt.

Nach den Berichten wurde der Parteitag sofort in die volle Gegenfährlichkeit der Anschauungen verlegt, die der Krieg in der Partei hervorgerufen hat. Namens einer Gruppe von Delegierten, die, wie sie sagte, mit der Führung der Partei und der Tätigkeit des Parteivorstandes nicht zufrieden sei, verlas die Genossin Probst eine längere Darstellung, die sich selbst als „Erklärung der Linken“ bezeichnet. Die einigermaßen ungewohnte Form der Einführung einer geschlossenen Gruppe war es wohl vornehmlich, aus der sich manche Heftigkeit der Auseinandersetzungen ergab. Der Parteitag beschloß, um der prinzipiellen Auseinandersetzung, die ebenso notwendig ist, als sie ersprießlich wirken kann, den nötigen Raum zu schaffen, die Debatte über die Erklärung von der Debatte über die eigentlichen Berichte zu trennen und hierfür auch die Redezeit zu erweitern. Für die Parteimehrheit sprachen heute Renner, Seliger, Dr. Adler, Seiz; für die Erklärung der Linken Max Adler, Dr. Schacherl und Paul Richter. Die große Auseinandersetzung, die das intensivste Interesse des Parteitages findet, wird morgen fortgesetzt werden und wohl den ganzen Sitzungstag beanspruchen.

Der erste Sitzungstag.

In der heutigen Sitzung wurde sofort in die Tagesordnung eingegangen. Den

Bericht des Parteivorstandes

erstattete

Skaret:

Die Not ist groß, jeder einzelne verspürt sie an seinem Leib. Jeder sucht naturgemäß nach einem Sündenbock, den er verantwortlich machen könnte, und wer könnte es anders sein als der Parteivorstand, der für alles Unglück verantwortlich ist, das jetzt über die Bevölkerung gekommen ist? Die Arbeit des Parteivorstandes hat sich im Kriege nicht etwa verzehnfacht, sondern verhundertacht, und es ist kein Tag vergangen, wo wir nicht eingreifen mußten, um den einen oder den anderen Uebelstand abzustellen. Es wäre auch verkehrt, wenn wir uns heute wieder in Rekriminationen darüber einlassen wollten, was am Anfang des Krieges war. Wenn Sie ehrlich und reumütig bekennen wollen, wie Sie alle zusammen und jene eingeschlossen, die sich heute als linker Flügel der Partei geben, am Beginn des Krieges über eine ganze Reihe von Fragen gedacht haben, so glaube ich, werden Sie mit den Vorwürfen zurückhalten müssen. Ich halte es auch nicht für angemessen, uns heute in gegenseitigen Vorwürfen zu ergeben oder, wie es einzelnen Parteigenossen immer beliebt, da sie in Oesterreich nichts finden können, ihre Kritik bei der deutschen Bruderpartei anzusetzen. Daß wir den Krieg gewollt haben, wird ja kein Mensch mit gesunden Sinnen behaupten; wenn aber manchmal behauptet wird, daß nicht alles geschehen sei, um den Krieg zu verhindern, so bitte ich Sie, versehen